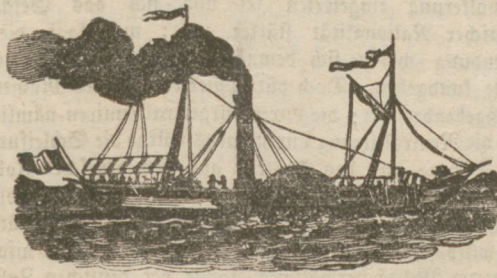


# Danziger Dampfboot.

№ 91.

Mittwoch, den 17. April.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse Nr. 5.  
wie anwärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1867.

38ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für nur außerhalb an:  
In Berlin: Ketschmer's Centr.-Bzgs. u. Annonc.-Bureau  
In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau.  
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau.  
In Hamburg, Frankfurt a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris:  
Haasenstein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

München, Dienstag 16. April.

Der Ministerialrath im Ministerium des Aeußern, Graf Tauffkirchen, ist in besonderer Mission nach Berlin abgereist.

Florenz, Montag 15. April.

Admiral Persano ist zum Verlust des Ranges eines Admirals und zur Tragung der Kosten verurtheilt.

Die Regierung wird interpellirt über die letzte Ministerkrise, die römische Frage, die Finanzfrage, die Decentralisation, die Zusammensetzung des Kabinetts und die Kirchengüter. Rattazzi lehnte die Erläuterung über die Ministerkrise ab. Die Regierung habe dieselben Hauptprinzipien wie die Vorgänger und wie die Majorität des Parlaments, sie werde die administrativen und finanziellen Vorschläge gleichzeitig mit dem Status der Kirchengüterfrage vorlegen, ebenso werde sie den Septembervertrag loyal ausführen, aber etwaigen Versuchen entgegenzutreten, wodurch die Zukunft der römischen Frage kompromittirt werden könnte.

Paris, Dienstag 16. April.

Der „Moniteur“ meldet, daß durch ein Circular des Kriegsministers die Stellvertretungskosten auf 3000 Franken festgesetzt sind.

London, Dienstag 16. April.

Die Regierung hat befriedigende Depeschen aus Spanien in Betreff von Victoria empfangen.

New York, Sonnabend 6. April.

3000 Republikaner unter Führung von Trubuco haben sich Ortega angeschlossen.

## Norddeutscher Reichstag.

34. Sitzung am 16. April.

Präsident: Simson. Eröffnung: 10 Uhr 10 Min.  
Am Tische der Bundes-Kommissarien: Graf Bismarck, v. Roon, v. Podbielski, v. Friesen, Hofmann etc.  
Die Tribünen sind überfüllt. In der Hofloge: Prinz Nikolaus von Nassau. — Es wird in die Tagesordnung, in die Fortsetzung der Schlussberatung über den Verfassungs-Entwurf eingetreten. Art. 60. (Friedens-Präsenzstärke des Bundesheeres.) Es liegt zu diesem Abschnitt, und zwar zu Art. 62 das gestern bereits angeordnete Amendement vor. Dasselbe führt die Namen des Herzogs v. Ujest und des Abg. v. Bennigsen und ist mit 112 Unterschriften aus allen Fraktionen des Hauses versehen, mit Ausnahme der Linken, der Polen und der Katholiken, und geht dahin: dem Art. 62 folgenden Zusatz hinzuzufügen: „Nach dem 31. Decbr. 1871 müssen diese Beträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Bundeskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die im Art. 60 interimistisch festgesetzte Friedenspräsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist. Die Verausgabung dieser Summe für das gesamte Bundesheer und dessen Einrichtung wird durch das Staatsgesetz festgesetzt.“ Bei der Feststellung des Militair-Ausgabe-Staats wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Bundesheeres zu Grunde gelegt.“ Außerdem hat der Abg. Graf Stolberg und ein Theil der Rechten ein Amendement zu den Artikeln 60, 62 und 70 gestellt. — Bei der hierauf beginnenden Discussion erklärt der Abg. v. Vincke, nur für den Fall für das v. Bennigsen'sche Amendement stimmen zu wollen, wenn das Amendement des Grafen Stolberg Annahme fände. Nach dem Amendement Ujest-Bennigsen sei es möglich, daß das Geld in der Bundeskasse liege, aber nicht für militairische Zwecke verwendet werden dürfe, weil der Reichstag nicht die Armee in der geforderten Höhe bewillige. Das dritte Alinea des Amendements „Bei Feststellung etc.“ sei nicht das Papier werth, auf dem es gedruckt sei. (Oh!) Nehme man das Amendement ohne das Stolberg'sche an, so schwebt die Armee in der Luft. (Große Unruhe.) — Das Amendement des Grafen Stolberg zu Art. 60 lautet: statt des letzten Satzes folgenden Satz anzunehmen: „Für die spätere Zeit wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres durch ein

Bundesgesetz festgesetzt, bis zu dessen Erlaß die vorstehenden Bestimmungen von Jahr zu Jahr in Kraft bleiben.“ Art. 60 der Beschlüsse der Vorberatung des Hauses lauten: „Die Friedens-Präsenzstärke des Bundesheeres wird bis zum 31. Decbr. 1871 auf ein Prozent der Bevölkerung von 1867 normirt, und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres im Wege der Bundesgesetzgebung festgesetzt.“ Abg. Casler verteidigt das Amendement Ujest, weil dasselbe unter allen Parteien vereinbart sei, um das Budgetrecht zu erhalten. Wolle der Abg. v. Vincke dagegen stimmen, so sei das seine Sache, hoffentlich werde derselbe selbst bei seiner kleinen Partei wenig Genossen finden. Werde das Budgetrecht durch die Annahme des Stolberg'schen Amendements unterminirt, so würde er und seine Freunde gegen die ganze Verfassung stimmen. — Abg. v. Blankenburg für das Amendement Stolberg. Auch er lege auf das Budgetrecht des Landtages sehr großen Werth, allein er wolle nicht, daß der Landtag durch einen Budgetstreich an der Kopfzahl des Heeres die Organisation fördern könne. Würde im Amendement Ujest ausgesprochen, daß die Präsenzstärke des Heeres unveränderlich sei, so würde er für dasselbe stimmen. — Bundes-Kommissar Graf Bismarck: Ich erkläre, daß das Amendement des Grafen Stolberg mit den von den verbündeten Regierungen gefassten Beschlüssen übereinstimmt und die Regierungen deshalb daran festhalten müssen. Das Amendement Ujest-Bennigsen läßt allerdings die Möglichkeit, im Jahre 1872 einen Militair-Konflikt zu erneuern, dessen Folgen sich in diesem Augenblicke nicht übersehen lassen. Wer diesen Konflikt verhüten will, muß mit uns in dieser Frage für das Amendement des Grafen Stolberg stimmen. (Sensation.) — Abg. Graf Bethusy-Huc bemerkt, daß er nur gegen das von ihm unterzeichnete Amendement Ujest stimmen würde, bis Seitens der Bundes-Kommissarien die bestimmte Erklärung abgegeben würde, daß dessen Annahme das Zustandekommen der Verfassung verhindern werde. — Bundes-Kommissar Graf Bismarck: Wir sind nicht in dem Stadium, daß ich hier eine solche Erklärung abgeben könnte. Ich habe genau die Situationen dargelegt. Wenn das Amendement Stolberg hier verworfen wird, so habe ich an die verbündeten Regierungen und an Se. Majestät, meinen allergnädigsten Herrn, zu berichten und deren Entschlieung abzuwarten. — Die Discussion wird geschlossen. — Es wird zur Abstimmung geschritten und wird über das Amendement des Grafen Stolberg namentlich abgestimmt. Das Resultat der namentlichen Abstimmung ist die Verwerfung des Amendements Stolberg mit 167 gegen 110 Stimmen. (Die Linke, die Polen, die Katholiken und die Unterzeichner des Amendements Ujest stimmen dagegen.) — Demnächst wird der Art. 60, wie auch Art. 61 der Beschlüsse der Vorberatung angenommen. — Art. 62 lautet: „Zur Bestreitung des Aufwandes für das gesammte Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind dem Bundesfeldherrn jährlich so viel mal 225 Thlr. etc. etc. zur Verfügung zu stellen.“ Hierzu liegt nunmehr das oben mitgetheilte Amendement Ujest-Bennigsen vor. Außerdem ein Amendement des Grafen Stolberg: statt der Worte „bis zum 31. Decbr. 1871“, zu setzen: „bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes“, und endlich die Unter-Amendements des Grafen Stolberg zu dem Amendement des Herzogs v. Ujest: den zweiten Satz im ersten Alinea dahin zu fassen: „Die Berechnung derselben erfolgt nach dem in Art. 60 festgestellten Friedens-Präsenzstärke, welche so lange in Kraft bleibt, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist.“ — Abg. Schulze (Berlin) spricht noch einmal gegen diese Amendements. — Bundes-Kommissar Graf Bismarck: Ich erlaube mir an die Versammlung bei diesem Artikel die dringende Bitte zu richten, sich wenigstens für das Amendement Stolberg und für das zu dem Ujest'schen Amendement gestellte Unter-Amendement desselben erklären zu wollen. Geschieht das nicht, so laufen wir Gefahr, daß alle diejenigen Aenderungen, welche den verbündeten Regierungen die Vorlage annehmbar machen, verworfen sind und daß jetzt im letzten Augenblick unserer Beratungen uns das Wort entrinnen und nicht zu Stande kommen wird. Diese Gefahr bitte ich bei der Abstimmung zu berücksichtigen. — Die Discussion wird geschlossen. — Das erste Amendement des Grafen Stolberg „bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes“ wird bei der Zählung mit 157 gegen 119 Stimmen ab-

gelehnt. — Ueber das Unter-Amendement des Grafen Stolberg wird namentlich abgestimmt. Herzog v. Ujest und Graf Bethusy-Huc stimmen diesmal für dasselbe; Dr. Sneyt, Blommer, Graf Renard, Meier (Bremen) u. A. enthalten sich der Abstimmung. Das Resultat der Abstimmung ist auch die Verwerfung dieses Amendements mit 156 gegen 120 Stimmen. — Hieran schließt sich die namentliche Abstimmung über das Amendement Ujest-Bennigsen. Dasselbe wird mit 202 gegen 80 Stimmen angenommen. Dagegen die Linke, einige von der äußersten Rechten, Graf Bismarck und dafür war auch der Bundes-Kommissar v. Wapdorf und (unter allgemeiner Heiterkeit) v. Vincke (Hagen), trotzdem er sich so entschieden dagegen ausgesprochen hatte. Art. 63—69 werden ohne Discussion angenommen. Zu Artikel 70 liegen zwei Anträge des Grafen Stolberg vor. Der erste Antrag wird angenommen, ebenso der zweite Zusatz-Artikel. Darauf wird Art. 70 mit den beschlossenen Aenderungen angenommen. Art. 71 und 72 werden ohne Discussion angenommen. Hinter Abschnitt XII. ist vom Abg. Dr. Wigard und Genossen ein neuer Abschnitt vorgeschlagen, wonach den Angehörigen des norddeutschen Bundes mindestens die in der preussischen Verfassung enthaltenen Rechte gesichert sein sollen. Abg. Dr. Wigard rethorisiert den Antrag. Man solle sich doch wenigstens kurz vor dem Schluß der Beratungen noch erinnern, daß es neben den Regierungen auch ein Volk giebt, dessen Rechte man wahren müsse. Es scheine ihm nicht zu viel verlangt, wenigstens das höchst bedehdene Maß der preussischen Grundrechte in die Verfassung aufzunehmen. Wenn die Majorität diesen Vorschlag ablehne, so würde er und seine Freunde sie nicht um diesen Sieg beneiden, denn so mancher Sieg trägt den Keim kom-mender Niederlagen in sich. Wir sind nicht gebeugt und muthlos, denn die Ernüchterung wird bald das Wahre und Richtige erkennen lassen, und andere Männer werden dem deutschen Volke zu seinem Rechte verhelfen. — Der Antrag wird abgelehnt. — Art. 73 und 74 werden ohne Discussion angenommen. — Bei Art. 75 verlangt der Abg. Simon Theilung der Abstimmung. Nach dem gestrigen Beschluß werden die künftigen Reichstage vorzugsweise aus Männern einer Richtung zusammengefaßt sein, und es wird deren Befahren sein, Verfassungsbestimmungen in den Einzelstaaten, besonders in Preußen, zu beseitigen, welche den Regierungen nicht genehm sind. Deshalb könne man den zweiten Absatz dieses Artikels (Entschlieung von Verfassungsstreitigkeiten durch den Bundestag oder im Wege der Bundesgesetzgebung) nicht annehmen. — Graf Bismarck meint, der Redner könne den Regierungen nicht die Absicht unterstellen, durch diesen Artikel die Einzelverfassungen zu beseitigen; er bittet, nicht an diesem Artikel, der unverändert angenommen sei, zu rütteln. In Bezug auf die Frage, ob die Zahlung freiwilliger Diäten verboten sei, meine er, die Regierung habe nur denen etwas zu verbieten, denen sie zu befehlen habe. — Beide Absätze des Art. 75 werden angenommen; ebenso Art. 76 u. 77. — Zu Art. 78 führt Abg. Riquet aus, was er und seine Freunde alles bedauern, in der Verfassung nicht zu sehen. Dem Abg. Groote wird durch den Schluß der Debatte das Wort entzogen. Der Artikel wird unverändert angenommen. — Es wird darauf die ganze Verfassung in der in der Schlussberatung für die einzelnen Artikel angenommenen Fassung mit Namens-Aufruf mit 230 Stimmen gegen 53 Stimmen angenommen. — Präf. Simson will seinen Empfindungen in diesem Moment keinen Ausdruck geben, um nicht der Beurtheilung des Wertes an einem anderen Orte vorzugreifen. — Abg. Kantak erklärt in seinem und der Polen Namen, daß sie, da sie den Gewaltakt der Einverleibung Polens in Deutschland nicht verhindern konnten, ihr Mandat niederlegen. — Präf. Simson: Die Mandats-Niederlegung entzieht Sie meinem Ordnungsruf, den die veruchte Brandmarkung eines Beschlusses dieses Hauses als Gewaltakt verdient. — Nächste Sitzung Mittwoch.

## Politische Rundschau.

Werfen wir einen kurzen Blick zurück auf die Thätigkeit des Reichstags, so können wir derselben das Zeugniß nicht verfahren, daß sie aus dem unorganischen und nach vielen Richtungen hin recht mangelhaften Gefüge der Reichsverfassung so viel

gemacht hat, als überhaupt nur möglich war, wollte man das ganze Werk nicht über den Haufen werfen und in Frage stellen. Der Reichstag hat manche wichtige Zusätze gemacht, manche Lücken sachgemäß ausgefüllt und nicht bloß viele zweckmäßige, sondern auch eine ganze Reihe sehr wesentlicher Bestimmungen der neuen Schöpfung einverleibt. Nur in zwei Punkten hat Graf Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen unumwunden und mit aller Entschiedenheit erklärt, den Aenderungen des Reichstages seine Genehmigung versagen zu müssen: wie gesagt, in der Diätenfrage und in der Militärfrage. In beiden Punkten hat der Reichstag sich der Regierungsauffassung unterworfen. Es war dies das Beste nicht bloß im Interesse des Zustandekommens des Verfassungswerkes, welches immerhin einen genügenden Boden für weiteren Fort- und Ausbau im freisinnigen Sinne bietet, sondern, wie wir mit voller Ueberzeugung aussprechen, auch im Interesse der Sache selbst. Denn auch wir müssen uns entschieden gegen eine Befolgung der Abgeordneten des Reichstages aussprechen. Eine Diätengewährung an die Reichstagsdeputirten würde einerseits zur Folge gehabt haben, daß das Beamtenthum aus den verschiedenen nichtpreussischen Bundesstaaten in der befohlenen Stellung eines Abgeordneten einen billigen und bequemen Boden für seine particularistischen Bestrebungen gefunden hätte, andererseits hätte die Bewilligung von Diäten das ohnehin nicht ganz unbedenkliche allgemeine Stimmrecht geradezu verderblich gemacht. Dieselbe würde schließlich das politische Kannegießerthum aus den Dorfneipen auf die Arena der Reichstagsversammlung gebracht und dem Klopffechtertum und Sansculotismus daselbst eine Stätte gebaut haben, wie weiland das Jahr 1848 Beispiele von Abgeordneten aufzuweisen hatte, die barsüßig zu den Sitzungen der Nationalversammlung kamen und aus ihrer Diäteneinnahme eine melkende Kuh machten.

Daß wir in der Militärfrage auf Seiten des Verfassungsentwurfes stehen, haben wir schon früher ausgesprochen. Wir haben auf die Nothwendigkeit hingewiesen, der Regierung die Mittel zur Erhaltung und zur Disposition über die gewöhnlichen militärischen Kräfte des Norddeutschen Bundes zu sichern, und vor Gefahren gewarnt, welche daraus entstehen, wenn man der Krone die freie Disposition über die Mittel entziehen will, auf welche sie so großen Werth legt, weil sie eben darin die Sicherheit und Erhaltung des Bundes erblickt. Die Befugniß der Bewilligung der nötigen Mittel für die Militär-Verwaltung ist eine Institution, welche weder den Kammern noch dem Reichstag wirkliche parlamentarische Rechte gewährt, weil diesen Körperschaften stets die Mittel fehlen werden, einem solchen Bewilligungsrechte Nachdruck zu verleihen. Eine Regierung wird stets lieber das Aeußerste wagen, ehe sie unter irgend welchem Vorwande von einem Parlamente die nach ihrer Ansicht zur Erhaltung des Staates nötigen Streitkräfte verweigern ließe.

Die Majorität, mit der die Diäten- und Militärfrage der Regierungen erledigt wurde, war eine sehr beträchtliche. Somit haben wir keinen Rückfall in die Periode des öden constitutionellen Conflicts erlebt, sondern einen neuen mächtig ausgreifenden Fortschritt auf der im vorigen Herbst zuerst betretenen glücklichen Bahn. Die principielle und systematische Opposition wird immer mehr zusammenschrumpfen, die Freiheit neben der Einheit gedeihen. Gestützt auf das abgeschlossene staatsrechtliche Werk, können wir Süddeutschland die Thüre aufthun, durch die es ebenfalls endlich unter Dach zu kommen hoffen mag. Und stark nicht bloß in äußerer Einheit, sondern in innerer Geschlossenheit und Eintracht, werden wir es mit gelassener Zuversicht erwarten, ob irgend eine fremde Macht die Hand nach deutschem Lande auszustrecken wagt. Solche Hand, welche es auch sei, wird in der Gluth unserer jugendkräftigen nationalen Begeisterung verborren.

Daß die Unterhandlungen in Bezug auf die Luxemburger Frage in eine entschieden versöhnliche Phase getreten sind, wird von allen Seiten bestätigt. Wie dieselbe aber schließlich gelöst werden wird, darüber kann man heute kaum schon Vermuthungen anstellen.

Nach einem neuern Gerüchte soll sich England dafür erklärt haben, das Großherzogthum Luxemburg an Belgien übergehen zu lassen; in diesem Falle, meint man, könne Preußen mit aller Ehre die Festungsräumen. Mit dem Project der Ueberlassung Luxemburgs an Belgien, heißt es dann, stehe auch die gegenwärtige Anwesenheit des Königs der Belgier in Paris, der von Napoleon übrigens mit großer Zuverlässigkeit, ja Herzlichkeit behandelt wird, in Verbindung.

Die zweite Version zur Lösung der Luxemburgerfrage, nach welcher der König von Holland zu Gunsten seines Bruders, des Prinzen Heinrich der Niederlande, auf das Großherzogthum verzichten wolle, wird neuerdings, trotz der Dementis, aufrecht erhalten. Auch in diesem Falle glaubt man, daß Preußen, ohne sich etwas zu vergeben, seine Truppen aus Luxemburg zurückziehen könne. Wir fassen dies nicht, weil in beiden Fällen Luxemburg für Deutschland verloren gehen würde, was zunächst doch der Ehrenpunkt der Frage ist.

Aus Luxemburg selbst geht die Nachricht ein, daß eine erfreuliche Wendung in der Stimmung der dortigen Bevölkerung eingetreten sei und sich das Gefühl deutscher Nationalität stärker rege; man sagt, diese Wendung werde sich demnächst in einem öffentlichen Acte kundgeben. Doch dürfte hier ein anderes Moment maßgebender sein; die Luxemburger raisonniren nämlich so: die Neutralisirung Luxemburgs würde die Schleifung der Festung und den Austritt aus dem deutschen Zollverein zur Folge haben; wenn dann auch die politische Selbstständigkeit des Landes gewahrt sein sollte, so würde Luxemburg durch den Verlust der Garnison und der Militärverwaltung, sowie der deutschen Zollrevenue u. erhebliche materielle Nachteile haben. Was den Patriotismus betrifft, so ist bekannt, daß alle Grenzländer in diesem Punkte wenig leisten.

Uebrigens dürfte die Einberufung der Beurlaubten in Frankreich wahrscheinlich auch Preußen aus seiner bisher streng reservirten Haltung heraustreten lassen. Eise erscheint allerdings dabei durchaus nicht nothwendig. Die Schlagmaschine der preussischen und gegenwärtig der gesammten norddeutschen Kriegsverfassung ist zu sicher, um vermittelst derselben den Franzosen auch bei einem anscheinend weiten Vorsprung nicht in den Kriegsvorbereitungen doch schließlich noch zuvorkommen zu sollen.

Wie uneigennützig, aufrichtig und ehrenvoll die preussische Regierung gegen ihre Bundesgenossen handelt, geht aus der als zuverlässig gemeldeten Thatsache hervor, daß über ein halbes Duzend der kleinstaatlichen Regierungen den Wunsch einer Incorporation der betreffenden Ländchen in Preußen mehr oder minder deutlich zu erkennen gegeben haben, im Hinblick darauf, daß der Zeitpunkt günstig genug sei, um für die Abtretung eine beachtenswerthe Entschädigung zu erhalten, daß aber Graf Bismarck aus Rücksichten auf die Möglichkeit einer Verkennung der bundesgenossenschaftlichen Stellung Preußens über die Anträge hinweggegangen ist.

Ueber die Bündnisse, welche Preußen im vorigen Sommer mit Baiern, Württemberg und Baden abgeschlossen hat, gehen der D.-Z. Enthüllungen zu, die sie als zuverlässig versichert. Es geht daraus hervor, daß jene Bündnisse nicht etwa von Preußen gefordert und mit Drohungen durchgesetzt, sondern im Gegentheil von den süddeutschen Staaten angeboten sind, die auf diese Weise beträchtlichen Gebietsabtretungen entgingen. Graf Bismarck hat lange nicht glauben wollen, daß es ihnen Ernst sei.

Wie berichtet wird, soll die Oldenburgische Regierung nicht geneigt sein, zu der Einverleibung des Fürstenthums Birkenfeld in Preußen, die von einem großen Theile der Einwohner dieser Enclave dringend gewünscht wird, die Hand zu bieten. Als Zeichen dafür hält man den Umstand, daß das Jubelfest der fünfzigjährigen Personalunion des Ländchens mit dem Großherzogthum in großartigster Weise gefeiert werden soll.

Der österreichische Reichstag soll im Mai zusammentreten. Herr v. Beust scheint mit seinem vorjährigen Mißgeschick die Ungunst des Schicksals erschöpft zu haben; denn jetzt geräth alles ansehnend auf's Beste, was er in die Hand nimmt. So auch der Reichstag. Herr v. Beust hat es glücklich durchgesetzt, daß die aufgelösten und dann neugewählten Landtage von Böhmen und Mähren eine deutsche Majorität erhalten haben, und obwohl die Czechen jetzt förmlich toben und die Landtagsverhandlungen durch allerhand Proteste zu stören suchen, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Landtage in der Mehrzahl deutsche Reichsrathsmitglieder wählen werden, von denen sich annehmen läßt, daß sie den verfassungsmäßigen Ausgleich mit Ungarn unterstützen werden. Die Hegerien der Czechen nehmen indessen einen so gefährlichen und persönlichen Character an, daß bedeutende deutsche Grundbesitzer in Böhmen durch Schmähe und Drohbriefe aller Art verfolgt werden und man mit Besorgniß dem weitem Verlaufe der Dinge dort zuschauen muß.

Mit Ungarn ist jetzt alles so weit in Ordnung, daß die Krönung des Kaisers zum König von Ungarn schon auf den Beginn des Monats Mai angesetzt ist. Es ist schon festgestellt, durch welche Straße sich der

Krönungszug bewegen wird, wo der Kaiser den Schwur auf die Verfassung leisten soll, wo der Schwertstreich — eine besondere ungarische Feierlichkeit — stattfinden soll. Auch die ungarische Krone ist neu ausgestattet worden, damit sie, die ursprünglich auf größere Köpfe berechnet war, nun dem Kaiser Franz Joseph paßt. Er hat dieselbe neulich probirt und dabei die Bemerkung fallen lassen, daß die Krone Ungarns doch bei Weitem nicht so „schwer drücke“, als er sich dies früher vorgestellt habe.

In Bezug auf die drohenden europäischen Verwickelungen erklärt die „Unita Italiana“, daß die größte Gefahr für Italien vorhanden sei, wieder unter die Botmäßigkeit Napoleon's zu kommen. Mit der äußersten Entrüstung theilt das Blatt seinen Landsleuten die Anträge Napoleon's mit, nach welchen Italien gegen seinen „topfern und hochherzigen Verbündeten“, Preußen, eine Hilfsarmee am Rheine aufstellen und dafür mit Geld abgekauft werden soll. Napoleon dürfte demnach auch in Italien, Angesichts der Haltung des italienischen Volkes, wenig Aussicht auf Unterstützung seiner Politik haben.

In den letzten Tagen ist Rom wieder in großer Aufregung gewesen. Nachts war eine Proclamation angeschlagen worden, welche das Volk zum Aufstande aufforderte und zugleich die Unterstützung Garibaldi's zusagte. Die Bevölkerung hat jedoch darauf nicht reagirt, und der revolutionäre Anschlag nur die Folge gehabt, daß Truppen an die Grenze zur Bewachung derselben geschickt worden sind.

— Unser König wird die Karlsbader Brunnen wahrscheinlich nicht in Karlsbad selbst, sondern in Dabelsberg einige Wochen lang trinken.

— Wie sicher verlautet, werden der Kaiser und die Kaiserin von Rußland in diesem Sommer die Kur in Rissingen wiederholen, nach deren Beendigung der Kaiser die internationale Industrie-Ausstellung in Paris ansehen dürfte.

— Dem Prinzen Nicolaus von Nassau wird, wie verlautet, das Commando eines größeren Truppenverbandes im Norddeutschen Bundesheer übertragen werden.

— Wie es heißt, wird der Kriegsminister v. Moon aus Gesundheitsrücksichten sein Portefeuille niederlegen. Als seinen Nachfolger bezeichnet das Gerücht den General Vogel v. Falckenstein, z. Z. commandirender General in Königsberg und Vertreter dieser Stadt auf dem Reichstage.

— Die „D. B. Z.“ will wissen, daß, wenn der Reichstag am Montag auf seinen früheren Beschluß in der Diäten-Angelegenheit bestanden hätte, der Reichstag sofort aufgelöst worden wäre, und daß alsdann die Aufrechterhaltung des norddeutschen Bundes, vorläufig ohne Volksvertretung, unter Vorbehalt der Einberufung eines deutschen Parlaments nach näherer Vereinigung mit den süddeutschen Staaten beabsichtigt war.

— Unter einem donnerähnlichen Getrausch stürzte am Sonnabend Morgens gegen 5 Uhr in dem vor über 60 Jahren erbauten Peter Ahrens'schen Tanzsalon in Hamburg das Dach und in Folge dessen die Decke des Saales ein. Wäre dies einige Stunden früher geschehen, so hätten wohl Hunderte von Menschen daselbst ihren Tod unter den Trümmern gefunden.

— Ein preussischer Kaufmann, der bei der Eröffnung der Industrie-Ausstellung zugegen war, erzählt von Napoleon Folgendes: Seine Gesichtsfarbe ist leichenfahl, seine Backen hängen schlaff herab, wenn er spricht, spricht er langsam und hält die Augen geschlossen, bloß die Lippen bewegen sich, wie bei einem Automaten. Viele Leute bemerkten: „Es ist unbegreiflich, wie sich die Franzosen von diesem Menschen regieren lassen können.“ Die Kaiserin dagegen sieht sehr herausfordernd aus.

## Locales und Provinzielles.

Danzig, 17. April.

[Stadtverordneten-Sitzung vom 16. April.]

Vorsitzender Herr R. Damm. Magistrats-Commissarien die Herren Bürgermeister Dr. Ling und Reg.-Rath Pfeffer. Der Vorsitzende theilt auszüglich eine Petition des hiesigen Fleischer-Gewerks vom 28. Febr. c. mit, worin dasselbe sich darüber beschwert, daß die auswärtigen Fleischer auf den Wochenmärkten nicht nur eine enorme Konkurrenz herbeiführen, sondern auch die besten Standplätze einnehmen. Die hiesigen Fleischer hätten sich, um dieser Konkurrenz zu begegnen, auch zu Standplätzen gemeidet, wären aber von der Polizeibehörde so unvorthelhaft placirt, daß ihnen beispielsweise die Front der Buden gegen ganz unfrequente Straßentheile angewiesen worden sei. Diese Konkurrenz könnten die hiesigen Fleischer für die Dauer nicht aushalten, da sie in der Stadt weit höher besteuert würden, und liege es in ihrem Wunsche, daß die auswärtigen Fleischer auf entlegeneren Marktplätzen, z. B. Mattenbuden u. statt auf dem Holzmarke placirt würden. Außerdem sähe sich das Gewerk zu der Anzeig

veranlaßt, daß die auswärtigen Fleischer schlechte und ungesunde Fleischwaren, sogar ungeborene Kälber auf den Markt bringen, auch das nicht verkaufte Fleisch von einem Markttage zum andern reservirt. Hr. Dr. Einz erklärt, daß der Magistrat den Beschluß gefaßt habe, die Beschwerde, soweit solche die Gewerbefreiheit beeinträchtigt, prinzipiell nicht zu berücksichtigen, was andererseits die Verkaufsstellen anlangt, sei es Sache der Polizeibehörde, die angeführten Beeinträchtigungen zu begutachten, resp. die Beschwerdeführer zufrieden zu stellen. Hr. J. C. Krüger bemerkt, daß die Detenten mit ihrer Eingabe vor die unrechte Schiede gekommen sind — richtig sei es, daß die Fleischer eine hohe Gewerbesteuer aufzubringen haben, aber die Stadtverordneten könnten in der Sache nichts weiter thun, als die Angelegenheit ins Protokoll aufzunehmen. Herr Dr. Eidin erklärt, daß der Magistrat der Gewerbefreiheit nicht entgegenarbeiten könne. Die Kontrolle über die Qualität der Fleischwaren sei Polizeisache; was die Denunciation wegen Fleischverkaufs von ungeborenen Kälbern anlangt, so müßte er bemerken, daß das Fleisch der Lepten keineswegs ungesund sei. (Die Eingabe wird ad acta gelegt.) — Der Vorsitzende verliest einen Magistrats-Antrag, betreffend die Vergütungsleistung auf das der Stadtkommune zustehende Wegerecht — in der Verlängerung der Ankerschmiedegasse über das Bordingsschiffersfeld, das Fr. Heynische Holzfeld und das Rahnschiffersfeld bis zur Achsbrücke — gegen eine Grundentschädigung von 11½ N. Rth. Seitens der Bordingsschiffer-Gesellschaft. Der Magistrat begründet seinen Antrag, das Wegerecht über diese Felder aufzugeben, dadurch, daß er den für die Kommune daraus erwachsenden Nutzen für sehr problematisch hält und nicht im Verhältnis zu den Verpflichtungen stellen kann, die der Kommune aus der Unterhaltung einer solchen öffentlichen Fahrstraße in Bezug auf Pflasterung, Beleuchtung u. s. w. erwachsen. Herr Dr. Eidin weist darauf hin, daß einer Handelsstadt wie der untern überall Ab- und Ladepätze für Waaren sehr werth sein müssen und daß eine solche Uferstraße deren viele biete, mithin ein so geringes Äquivalent wie 11½ N. Rth. Land nicht dagegen in Betracht kommen könne. Herr Reg.-Rath Pfeiffer bekennt, daß das Wegerecht der Stadt ein sehr zweifelhaftes sei, indem im Archiv zwar über einen Weg für die Abfuhr von Holz Vorgänge gefunden sind, aber in dem bez. Grundbuche nichts Positives darüber enthalten ist. Herr J. C. Krüger habe zwar in dem durch drei Instanzen geführten Prozeß unterlegen und der Stadt das Wegerecht über sein Holzfeld zuerkennen müssen, aber das allein nütze nichts. Es sei vortheilhafter, dem Magistrats-Antrage zuzustimmen und statt des neuen Fahrweges eine Verbreiterung der Straße Castadie herzustellen, wozu Herr Fr. Heyn bereitwilligst ein Stück seines Holzfeldes abschneiden lassen wolle, wenn statt dessen auf das Wegerecht verzichtet werde. — Herr Devrient macht gleich Herrn Dr. Eidin auf die großen Vortheile einer Uferstraße aufmerksam, die Herren Th. Schürmacher, Güttnier und Thiel bezugen übereinstimmend, daß zur Zeit ihrer Kindheit dort eine öffentliche Fahrstraße bestanden habe. Herr Pfeiffer erklärt, daß die in Rede stehende Straße keine Uferstraße werden und daher nicht den gewünschten Nutzen gewähren würde. Da jedoch die dem Magistratsantrage beigelegte Karte für diese Erklärung keinen Anhalt bietet, so beantragt Herr Dr. Eidin die Frage auf die nächste Tagesordnung zu setzen, damit bis dahin eine richtige Karte über das streitige Objekt angefertigt werde. — Eine unerbittlich getriebene Interpellation, betreffend die Verwendung des Fonds der Speicherwächterklasse zu Erhaltung-Unterstützungen wird vom Magistrats-Kommissarius dahin beantwortet, daß aus den Revenuen des ca. 1100 Thlr. betragenden Fonds die Pensionen für drei invalide Thurmpeifer bestritten werden. — Hr. Damme theilt mit, daß, nachdem die Kommunalbehörde den Entschluß gefaßt, ein eigenes Lazareth zu bauen, die Vorsteher des Stadtlazareths mit Anträgen entgegengekommen sind, welche zu einer Einigung in der bekannten Lazarethfrage geführt haben und daß demzufolge ein Contract zwischen beiden Theilen entworfen ist, welchem die Stadtverordneten-Verammlung vorüberdort zustimmen habe, bevor derselbe der Königl. Regierung resp. dem Königl. Ministerio zur Bestätigung vorgelegt werden kann. Darnach wird der Stadt das Belegrecht von 250 Betten zugestimmt — sämmtliche Kategorien Kranke incl. Polizeigefangene sollen ferner Aufnahme finden — der Kurkostenlag wird für städtische Kranke allgemein auf 7 Sgr., für Kränk- und Podenranke auf 10 Sgr. für die erste Woche festgesetzt, wobei die Transportkosten innerhalb der Thore mit inbegriffen sind (für Krankentransporte außerhalb der Thore ist 1 Thlr. pro Fahrt zu vergüten) — für schriftliche Arbeiten. Protokolle u. s. hat die Stadt nichts zu vergüten — für die Kirchhoferde, den Sarg und das Begräbniß sind an das Lazareth pro Kopf unter 14 Jahren 2 Thlr. und über 14 Jahre 3 Thlr. zu zahlen — die Medicamente an Stadtarznei werden mit 3 Sgr. pro Medicinportion vergütet, wobei eine Erhöhung von 6 Pf. für den Fall der sich steigenden Arzneikosten vorbehalten bleibt — der Magistrat erhält monatliche Krankenrapporte nebst den Rezepten — die Ueberflüsse an Kurkosten-Einnahmen werden nicht kapitalisirt, sondern zu Lazareth-Erweiterungen verwendet, und werden der Stadt ¼ der neuen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt — der Contract wird auf 10 Jahre vom 15. Mai ab (mit stützweiser Prolongationsfrist von 1 Jahr) abgeschlossen. — Nach Abschluß des Contracts geht das Vermögen der Anstalt aus dem Besitz des Magistrats in die Hände des Lazarethvorstandes über. Durch diesen Contract dürften Streitigkeiten für die Folge vermieden werden und für die Kranken der Stadt gesorgt sein. Herr J. C. Krüger spricht seine Freude über das Gelingen des Einigungswerkes aus. Herr Heyneth stellt den Antrag: das Kapitalvermögen der Anstalt bleibt im Magistrats-Depositorio zur Sicherung des Contractes und wird für Interesse der Anstalt in Gemeinschaft mit den Vorstehern verwaltet. Herr Biber beantragt eine Commission zur Prüfung dieser Geldfrage zu ernennen, da

der Magistrat jetzt faktisch im Besitz des Kapitalvermögens ist und dies als Caution dafür angesehen werden könne, daß das Lazareth seinen Verpflichtungen gegen die Stadt nachkommt. Den jetzigen Vorstehern könne man wohl Vertrauen schenken, aber es könne auch ein Personenwechsel zum Nachtheil der Stadt eintreten. Der Antrag wird angenommen und die Herren Preßell, Dr. Pwilo, J. C. Krüger, Breitenbach, Sibione und Biber in die Commission gewählt. — Die Indienstellung beinahe der gesammten preussischen Seemacht zu den für die Ostsee bestimmten Manövern darf wohl für mehr als ein zufälliges Zusammentreffen mit der augenblicklichen politischen Konjunktur betrachtet werden. Preußen befindet sich dadurch in der Lage, bevor ihm der Sund etwa durch ein französisches Geschwader oder gar durch ein französisch-dänisches Bündniß gesperrt wird, einen Theil seiner Fahrzeuge in die Nordsee zum Schutze der für den Fall eines französisch-deutschen Krieges unbedingt am Weissen bedrohten Nordküste zu entsenden und dieselben in den Mündungen der Elbe, Weser und Ems, wie in dem Jahdehafsen zu stationiren. Ein wahrscheinlich durch Landungstruppen unterstützter Angriff auf die Küste oder auf die Elbherzogthümer dürfte nämlich für den erwähnten Fall kaum ausbleiben. Wie vorsichtig die im letzten Herbst so sehr forcirten Befestigungsarbeiten auf dem Sundewitt und Alsen, wie in der Bucht von Kiel gewesen, kann, wie die Dinge sich plötzlich gestaltet haben, unmöglich verkannt werden. Auch die schon gegenwärtig in der Ostsee abgehaltenen Schießversuche mit den neuen gezogenen 72-Pfündern zählen wohl zu diesen Vorsichtsmaßregeln, indem derartige Versuche sonst gewöhnlich erst in der zweiten Hälfte des Sommers angestellt werden. Vorzugsweise sollen diese Monstergeschütze aber zur Armirung der Strandbefestigungen eine Verwendung finden. Versuche mit Torpedos, den im letzten amerikanischen Bürgerkriege vielfach und namentlich zur Sicherung der Klüften- und Hafensplätze mit großem Erfolge angewendeten unterseeischen Hüllenmaschinen, sind eben so schon im vorigen Herbst bei Berlin und außerdem wahrscheinlich auch in der Ostsee angestellt worden. — Die Furcht vor einem Kriege, d. h. nicht die Furcht vor den Gefahren desselben, sondern die Besorgniß vor den Folgen eines Krieges läßt die Luxemburger Frage nicht nur auf dem Gebiet des politischen Lebens alles Andere in den Hintergrund drängen, sondern, und das ist eine nicht zu unterschätzende Thatsache, sie beherrscht bereits auch das gewerbliche Leben, und zwar in einer bedenklichen Weise. Noch hat sich unser Handel und unsere Industrie nicht von den Wunden des vorjährigen Krieges erholt, als die anscheinend drohende Kriegsgefahr das Geschäft plötzlich von Neuem lähmt. Niemand wagt es, in diesem Augenblick ein weit aussehendes Geschäft zu unternehmen, und wenn selbst Jemand es wagen wollte, schwerlich findet er Unterstützung oder Kredit für seine Pläne. Das muß nun in diesem Falle um so mehr ertragen werden, als ja allem Anschein nach eine zuversichtliche Sicherung des Friedens Seitens Preußens nur auf Kosten unserer schwer erlangenen Vortheile erkauf werden könnte. — Vom Königl. Polizei-Präsidium ist zur Verhütung von Frequenz-Stopfungen und zur Vorbeugung von Unglücksfällen angeordnet worden, daß die für das Ausweichen von sich begegnenden Fuhrwerken nicht genügend breiten Straßen: Altes Roß, — Brodlosengasse, — Ruhgasse und Pfaffengasse — nur in einer bestimmten Richtung passirt werden dürfen, wie solches durch Maueranschläge an den Straßenecken vorgeschrieben ist. — Die Marine-Verwalter sind nach Allerhöchster Bestimmung in ein erhöhtes Rangverhältniß getreten, aus der bisherigen Gleichstellung mit den Feldwebeln und Oberfeuerwerkern der Armee geschieden und haben jetzt wieder wie zur Zeit der Begründung der Marine Officierrang erhalten. Demzufolge sind die Marine-Verwalter Stange, Harnisch, Wald, Anders, Hein und Wolff zu Unter-Zahlmeistern mit dem Range als Unterlieutenants zur See und die über-zähligen Marine-Verwalter Hartwig und Wolff zu etatsmäßigen Marine-Verwaltern ernannt worden. — Im Anschluß an die neue Armeereformation ist auch eine Reorganisation des militärärztlichen Personals erfolgt. Es gehören der Armee jetzt, incl. der Marine, 1677 Aerzte an. Außer dem Chef des gesammten Militär-Medicinalwesens, Generalstabsarzt Grimm (mit dem Range eines Generalmajors), befinden sich 14 General- und Corpsärzte, 121 Oberstabs- und Regimentsärzte, 320 Stabs- und Bataillonsärzte, 7 Oberärzte, 538 Assistentenärzte und 675 Unterärzte bei der Armee. Trotzdem eine Menge ehemals hannoverscher, kurhessischer und nassauscher Militärärzte eingestellt worden ist, ist der etatsmäßige Friedensbedarf bis jetzt noch nicht gedeckt worden.

— Der Minister des Innern hat bestimmt, daß die Ortsschulzen bei einer Mobilmachung als im Civildienst unentbehrlich zurückgestellt werden können. — Wie von gutunterrichteter Seite mitgetheilt wird, werden künftighin die Epaulettes nicht nur bei den Officieren, sondern auch bei sämmtlichen Militär- und Civilbeamten in Wegfall kommen. — Zum 4. und 5. August d. J. wird wiederum ein öffentliches Pferdeconcurs auf dem Strießer Felde mit Ertheilung von Staatsprämien arrangirt werden. Anmeldungen dazu nimmt der Generalsekretair des Renn-Vereins Herr Lieutenant v. Auerwald vom Kgl. 1. Leib-Gus.-Regt. entgegen. — Die Servisvergütung für das erste Quartal d. J. wird vom 23. bis 25. d. Mts. von der Kammerei-Kasse gezahlt. — Die Fürsorge für die in Ruhestand tretenden Elementar-Lehrer ist den Bezirks-Regierungen wiederholt zur Pflicht gemacht worden. Die Behörde müsse sie vor Mangel schützen und Einrichtungen und Anordnungen treffen, welche dem Emeritus das pünktliche Eingehen des Ruhegehalts sichern. — Die Kosten für die Formulare zu den Wählerlisten bei den Reichstagswahlen müssen, laut Ministerialrescript, von den Gemeinden getragen werden. — Die am 1. Juli c. vacant werdende Stelle eines Mühlen- und Maschinenmeisters beim Betriebe der Dampfmahlmühle des hiesigen Königl. Proviandamtes soll anderweitig besetzt werden. — Beim Magistrat zu Elbing ist eine neu creirte Stelle als Kammerei-Kassen-Assistent zu besetzen. — [Theater.] Das Gastspiel unserer Gäste, des Hrn. Baudius und Herrn Baumeister, bot uns gestern wiederum einen überaus genussreichen Abend, was theilweise auch durch die Wahl der Stücke bedingt wurde. Goethe's „Geschwister“ sind eine gesunde Hausmannskost und deshalb noch immer gern gesehen, während es nicht zu leugnen ist, daß Herr Sardou, der Verfasser des gestern zur Aufführung gelangten Lustspiels „Platersucht“, ein feiner und geistvoller Beobachter, ein Künstler in der Beherrschung des Stoffes, ein Kenner der Bühne und ihrer Wirkungen ist. Daß sein Stoff die Corruption, die sittliche Verderbniß in der Metropole, die Fäulniß der Gesellschaft sind, darüber darf man mit ihm nicht rechten, sondern mit einer andern Macht, über welche die Geschichte eini das letzte richtende Wort sprechen wird. In der „Platersucht“ erscheint die Ehe, das heiligste Institut und Bollwerk der menschlichen Gesellschaft, untergraben durch tausend geschickt angelegte Minen, welche in immer neuen Combinationen erfunden sind. „So taumel' ich von Begierde zum Genuß, und im Genuß verichmacht' ich nach Begierde.“ Die Gestalt, welche uns Herr Baumeister als Champignac vorführte, war durch und durch voll wirksamer Kraft. Herr Baumeister gab in dieser Rolle mehr, als eine feine Charakterstudie, er zeichnete mit feher Hand eine Type der Gesellschaft, ein Culturbild. Jedes Wort war ein Funken und jeder Funken zündete. Während Herr Baumeister in seinem Genre ausgezeichnetes leistet, ist Hr. Baudius eine Subrette, wie sie sein muß, voll Leben und Feuer, mit Keckheit und Schelmerie versehen, wie ein kleiner Kobold, ohne jemals die feine Linie zu überschreiten, die auch das Schöne unschön machen kann. Der Beifall überschüttete wie mit einem Plagregen das Künstlerpaar, das seinerseits auch alle Schläusen des Humors geöffnet hatte. Die Verehrer unserer geehrten Gäste mehrten sich mit jeder Vorstellung. — Den Nachrichten aus der oberen Stromgegend zufolge ist die Weichsel, nachdem sie schon einige Fuß gefallen war, wieder im Steigen. — Gestern erschof sich ein Soldat des Infant.-Regts. Nr. 5 auf der Divaerthorwache aus Furcht vor einer Strafe. — Die zur Ausstellung nach Paris reisenden Deutschen machen wir darauf aufmerksam, daß dort die politische Spionage zur Zeit wieder in höchster Blüthe steht, und daß die französisch geschulten Forscher eine ganz besondere Fertigkeit darin haben, Jemanden gerade zu den Anzeigenungen zu veranlassen, die sich ihnen zur Verwerthung eignen. Diese Agenten treiben sich nicht bloß in Paris umher, sondern sie sind auf allen Eisenbahnen, die vom Rhein und von Belgien nach Paris führen, selbst im Auslande beschäftigt. Es versteht sich von selbst, daß diese Stützen des napoleonischen Systems der deutschen Sprache mächtig sind. Viele sind Elssasser und deshalb zuweilen an der eigenthümlichen Mundart zu erkennen; aber leider giebt es unter ihnen auch manchen geborenen Deutschen, der äußerlich in solchen Verhältnissen lebt und dem Landsmann, den er auf's Korn nehmen will, mit solcher schreibaren Herzlichkeit entgegenkommt, daß er das Zutrauen eines arglosen Menschen wohl gewinnen kann. Selbst von den ehemaligen politischen Flüchtlingen aus Deutschland hat sich der Eine oder Andere an die französische Polizei verkauft. Es ist fast kein Stand, der bei der Spionage nicht vertreten wäre, der Stand der Literaten und Mitarbeiter an Zeitungen nicht ausgenommen. Man sei in Frankreich gegen Jedermann, über dessen Persönlichkeit man nicht ganz genau unterrichtet ist, vorsichtig nicht bloß in

Äußerungen über die französische Regierung, sondern auch in Mittheilungen über heimathliche Verhältnisse. Man werde überhaupt alle politische Unterhaltung, nicht bloß um sich selbst vor Verdrießlichkeiten zu hüten, sondern auch im wohlverstandenen Interesse des Vaterlandes.

— Auf die vom Landrathsamte und den Ständen des Kreises Schwyz beim Justizministerium eingereichte Vorstellung wegen Einrichtung eines Schwurgerichts für den Kreis Schwyz ist der Bescheid ertheilt worden, daß keine Veranlassung vorliege, in Schwyz ein Schwurgericht zu errichten, indem weder ein Bedürfnis, noch die Mittel vorhanden seien, welche zur Bildung eines besondern Schwurgerichts daselbst erforderlich sein würden. Der Kreis Schwyz bleibt also nach wie vor dem Schwurgericht Graubenz zugetheilt, was allerdings für den entfernter liegenden Theil des Kreises, der 9 bis 10 Meilen Wegs nach Graubenz hat, seine Unbequemlichkeiten haben mag.

Elbing. Am Dienstag hatte die hiesige Gegend das erste Gewitter in diesem Jahre.

— Herr Theater-Director Wölfer hat am verflossenen Sonnabend mit dem hiesigen Schauspielhaus-Comitee wieder einen Contract zum nächsten Winter in der Art abgeschlossen, daß ihm für die Theater-Saison 1867—68 die alleinige Benutzung des Theaters zusteht.

— Es ist uns folgendes Schreiben zugekommen:

In der Nr. 88 Ihres Blattes lese ich ein Referat der Gerichts-Verhandlung, die Beurtheilung der Wittwe Krähenbring betreffend; ich selbst war bei dieser Verhandlung zugegen, habe indeß die von Ihnen angeführten Entschuldigungsgründe der p. Krähenbring in dem Termine nicht gehört, weshalb dies wohl lediglich Privat-Aussagen der K. sein müssen, und da diese Aussagen, in Ihrem Blatte aufgenommen, mich der Öffentlichkeit in ein schlechtes Licht stellen, so ersuche ich Sie höflich, diesen Brief beifüg. Aufrechterhaltung der Wahrheit in Ihr Blatt aufzunehmen. Die Wwe. Krähenbring hat bei mir ca. 11 Jahre im Dienste gestanden und während dieser Zeit außer ihrem vollen Lohn einen Voranschuß von 46 Thln. von mir erhalten, ich habe mich als alleinistehender Mann selbstredend, besonders, da ich mein ganzes Vertrauen in die Wwe. Krähenbring setzte, um Wirtschaftsgegenstände und Kleidungsstücke aller Art wenig gekümmert, doch aufmerksam gemacht, forschte ich nach diesem oder jenem Gegenstande, der verschwunden, erhielt indeß nie positiven Bescheid, schließlich indeß eine Kündigung des Dienstverhältnisses ihrerseits; erst lange nachdem die K. meinen Dienst verlassen, veranlaßten mich die über mich ausgebreiteten falschen Thatsachen, dem Gerichte die Sache zur Entscheidung zu übergeben. Die p. Krähenbring giebt ihrem Referat nach an, meine jetzige Frau erzoget zu haben, dieses ist vollständig unwahr, und bedarf eigentlich keiner Widerlegung, da alle meine Nachbarn und Bekannte meine Frau erst als solche kennen gelernt, während sie anderseits doch bei mir im Hause gewesen sein müßte, auch ich habe meine Frau nicht lange vor meiner Hochzeit gekannt. Was die p. Krähenbring betreffs eines engeren Verkehrs mit mir gesagt haben soll, ist ihrerseits nur zur Beschönigung ihrer Thaten angeführt, was wohl jedem unparteiischen Leser einleuchten dürfte.

Julius Steinhagen in Odra.

### Bermischtes.

— (Zur Geschichte des beschränkten Unterthanenverstandes.) Ernst August, Herzog von Weimar, erließ am 3. November 1736 folgende Verordnung: „Das vielfältige Käsonniren der Unterthanen wird hiermit bei halbjähriger Zuchthausstrafe verboten, und haben die Beamten solches anzuzeigen, maassen das Regiment von Uns und nicht den Bauern dependirt, und wir keine Raisonners zu Unterthanen haben wollen.“

— Wenn in Frankreich eine Revolution zum Ausbruch kam, regierte in Rom jedesmal ein Pius. Als Ludwig XVI. entthront ward, regierte Pius V. Als das Directorium gestürzt ward, Pius VI. Napoleon I. erlag unter Pius VII., Karl X. entfloß unter Pius VIII., Louis Philipp unter Pius IX. Letzterer regiert noch.

— Der „Hann. Cour.“ theilt den hannoverschen Damen, um sie mit der neuen Militair-Verfassung auszuföhnen, mit, daß in der preussischen Armee nicht nur schon die Seconde-Lieutenants heirathen dürfen, sondern daß auch die Rittmeister und Hauptleute von der Nachweisung eines Privateinkommens entbunden sind. — Das dürfte vielleicht ziehen!

### Schiffs-Bapport aus Neufahrwasser.

Angelommen am 16. April:

Chapman, Safeguard, v. Hartlepool; Poffolo, Tabby, v. Keith, m. Kohlen. Brinkmann, Solon, v. Stralsund, m. Schlemmkreide. — Ferner 1 Schiff m. Ballast.

Angelommen am 17. April.

Newton, Tarrist (S.), v. Sunderland; Swanson, Gipey, v. Cokenzie; u. Wilson, Laß O'Down, v. Hartlepool, m. Kohlen.

Gefegelt: 1 Schiff m. Getreide.

Ankommend: 4 Schiffe. Wind: West.

### Zweifelhafte Charade.

Ohne Anhang ist die Erste  
Leerer Schall nur hier zu Land,  
Ueber Meer jedoch bezeichnet  
Sie den jungfräulichen Stand.

Wird sie aber manchem Wort  
Zugesetzt als böses Haupt,  
Wandelt sie des Wortes Deutung,  
Der sie dann das Gute raubt.

Um die Zweite zu erlangen,  
Büßt sich mancher arme Tropf  
Vor dem Nächsten, vor dem Reichen,  
Sei auch noch so leer sein Kopf.

Doch die sie zu eifrig suchen,  
Zagen oft dem Schatten nach,  
Den sie nimmer doch erreichen,  
Ob er scheinbar nahe lag.

Ein gebässig inn'res Uebel,  
Bösewäldend, nimmerlatt,  
Ist das fluchbelad'ne Gauze,  
Das die Menschheit an sich hat.

Wo es sich mit Geierkrallen  
Eingegraben in das Herz,  
Fliebt das Glück, der Seelenfriede,  
Und nichts bleibt zurück als Schmerz. R. S.

### Meteorologische Beobachtungen.

16	4	328,68	4,0	West stark, bedeckt, mit Regen.
17	8	329,24	4,0	do. mäßig, bedeckt.
	12	328,79	7,0	do. do. do.

### Börsen-Verkäufe zu Danzig am 17. April.

Weizen, 100 Last, 127—28. 29pf. fl. 600—650;  
121pf. fl. 550 pr. 85pf.  
Roggen, 122pf. fl. 393—396 pr. 81½pf.  
Weiße Erbsen, fl. 360—369 pr. 90pf.

### Englisches Haus:

Polizei-Inspector Jagielski a. Königsberg. Rittergutsbes. Steffens a. Mittel-Golmkau. Die Kaufl. Fersenheim a. Berlin, Bürklin a. Pforzheim u. Heilgens a. Aachen.

### Waller's Hotel:

Die Rittergutsbes. Haber a. Fiedlin u. Brodes aus Orlé. Freiwilliger v. Blumenthal a. Düsseldorf. Die Kaufl. v. Nordet a. Frankfurt a. M., Abraham a. Hamburg, Schildnecht a. Berlin u. Berendt a. Thorn.

### Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Die Gutsbes. Bruns a. Marienwerder u. Plath a. Königsberg. Die Kaufl. Wink a. Berlin, Schäfer aus Offenbach a. M., Reichmann a. Dresden und Löwy aus Warschau. Rentier Kraft a. Memel.

### Hotel zum Aronprimen:

Rittergutsbes. Heine a. Gnitshau. Die Kaufleute Borische a. Memel, Behrend a. Königsberg, Gathron a. Lyon u. Joachimsohn a. Reutadt.

### Hotel du Nord:

Amstath Jounier a. Kobzillek. Die Rittergutsbes. v. Levenar a. Saalau u. Pohl a. Senklau. Gutsbes. Uppagen a. Kl.-Schlaun. Kfm. Ackermann a. Bromberg.

### Hotel d'Oliva:

Rittergutsbes. Bapte a. Petergau. Die Kaufleute Janzen u. Simon a. Berlin u. Bohas a. Magdeburg. Die Offizier-Aspiranten Wrezbowski a. Berlin u. Engelbrecht a. Königsberg.

### Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Servis-Vergütung pro I. Quartal 1867 findet am

**Dienstag, den 23. d. Mts.,**

**Mittwoch, den 24. d. Mts., und**

**Donnerstag, den 25. d. Mts.,**

Vormittags von 9—1 Uhr, auf unserer Kammereikasse statt, wovon die betreffenden Hauseigenthümer hiermit in Kenntniß gesetzt werden.

Danzig, den 10. April 1867.

**Magistrat.**

Servis- und Einquartierungs-Deputation.

**Wollwebergasse 21 werden  
Juwelen, Gold, Silber, fremde  
Geldsorten und Staatspapiere  
zu den höchsten Preisen gekauft.**

**M. H. Rosenstein.**

Um Strohhüte z. Wasch., Mod. und  
Färb. bittet **August Hoffmann,**  
Strohutfabrik, Heil. Geistgasse 26.

**König Wilhelm-Loose à 1 Thaler**  
sind zu haben bei **Edwin Groening.**

### Königliche Preussische Lotterie-Loose

Hauptziehung 4. Klasse 135. Lotterie, Anfang 18. April c.,

1/4 Loose 16 Thlr., 1/8 8 Thlr., 1/16 4 Thlr., 1/32 2 Thlr., 1/64 1 Thlr.  
verkauft und versendet, „Alles auf gedruckten Antheilen“, bei freier Sendung des Betrages,  
auch gegen Postvorschuß,  
**W. A. Lebrecht in Elbing.**

### Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, 18. April. (Abonn. suspendu.)  
**Abschieds- und Benefiz-Vorstellung**  
der K. K. österr. Hofschauspieler **Frl. Baudius**  
und des Herrn **Baumeister. Die Lästerschule.** Lustspiel in 5 Aufzügen nach dem Englischen von Schröder.

\*\* Baronesse v. Ostburg — Frl. Baudius.  
\*\* Carl — Herr Baumeister.

Den geehrten Abonnenten die ergebene Anzeige, daß nur noch zwei Vorstellungen im Abonnement stattfinden und nach diesen der Schluß der Bühne erfolgt.

**E. Fischer.**

### Für Theaterfreunde.

Durch das Gastspiel des Herrn Baumeister und des Fräul. Baudius kommt morgen auf der Bühne des hiesigen Stadt-Theaters das einst zu viel gegebene Schauspiel: „Die Lästerschule“ zur Darstellung. Es ist dies eines der wirksamsten Bühnenstücke und giebt den beiden gefeierten Gästen Gelegenheit, die ganze Virtuosität ihres Spiels zu zeigen. Der Schluß ihres hiesigen Gastspiels findet morgen bestimmt statt, da sie bereits am nächsten Sonnabend wieder in Wien eintreffen müssen. **M. W. F.**

### Grüß der wahren Künstlerin.

Als Thalia, nach der Gottheit Brauch,  
Unter ihren Jüngern war erschienen,  
Gab sie Dir ein Lorbeerblättchen auch,  
Und die Krone solltest Du verdienen.  
Schnell flücht Du, ein Genius, himmelan;  
Treu erstrebt das Ziel ist ohne Säumen;  
Eine Welt hast Du uns aufgethan,

Bei der wir nun mit Satzfäden träumen.  
Alles Wahrheit, alles tiefgeföhlt,  
Und Natur und Kunst sah'n wir sich einen,  
Du hast gut, ja meisterhaft geübt  
In dem Lächeln herzig, wie im Weinen;  
Und so nimm den Lorbeerkrantz denn hin,  
So wie Du verdiente keine ihn. **R. D.**

### Wohlschmeckende Mandelkringel

zu 1, 1½, 2½, 5 und 10 Sgr., sowie eine große  
Auswahl **Oster-Eier** empfiehlt  
**D. Düsterbeck, Heil. Geistgasse 107.**



### Decimal-Waagen für

**Landwirthe** zur Ermittlung des Gewichtes aller Arten Mostvieh bis zu 50 Ctr. Tragfähigkeit, für **Kaufleute** von 1 Ctr. bis 50 Ctr. Tragfähigkeit, Kassebrenner, Farben-Mühlen, Stangen-Desmer, Wurstopf-Maschinen etc. werden theils vorräthig gehalten oder auf Bestellung in der kürzesten Frist ausgeführt. Sämmtliche Schlosser-Arbeiten an Neubauten, sowie Reparaturen aller Art an Decimal-Waagen, Acker-Geräthen und Maschinen etc. werden prompt und zu billigen Preisen gefertigt von

**H. Mackenroth,**

Schlossermeister und Decimal-Waagen-Fabrikant,  
**Fleischergasse Nr. 88.**

### Der diesjährige Pferdemarkt wird am 27., 28. und 29. Mai c.

hier selbst, auf dem Plage zwischen dem Tragheimer und Steindammer Thore, abgehalten werden.

Anmeldungen zu Stallungen können nur bis zum **5. Mai c.** berücksichtigt werden; ein offener Stand kostet pro Pferd 4½ *Thl.*, ein Kastenstand 5 *Thl.* Alle Ställe werden zu 5 oder 10 Pferden erbaut; besondere, für sich allein bestehende Ställe auf eine **andere Anzahl** Pferde können sonach nicht überwiesen werden.

Briefe und Gelder erbitten wir uns postfrei unter der Adresse des Comite's.

Mündliche Anmeldungen werden von dem **Zahlmeister a. D. Seddig,** Altköthger-Kirchen-Straße Nr. 10, unten, entgegengenommen.

Königsberg, den 1. April 1867.

### Das Comite für den Pferdemarkt.

v. Bardeleben- v. Gottberg- v. d. Gröben-  
Rinau. Wulfshöfen. Rippen.  
Baron v. d. Goltz- v. Zander,  
Kallen. Oberst-Lieutenant z. D.